



DEUTSCHER PRODUZENTENTAG 2015



DEUTSCHER PRODUZENTENTAG 2015

# DOKUMENTATION DEUTSCHER PRODUZENTENTAG 2015

5. FEBRUAR 2015, BERLIN-BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

**DOKUMENTATION  
DEUTSCHER PRODUZENTENTAG 2015**

Herausgeber:  
Dr. Christoph E. Palmer

Redaktion, Layout & Satz:  
Jens Steinbrenner

ISBN 978-3-9816027-1-5

April 2015



**Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e.V.**

Kronenstraße 3  
10117 Berlin

Telefon: 030-206 70 88-0  
Telefax: 030-206 70 88-44

[info@produzentenallianz.de](mailto:info@produzentenallianz.de)  
[www.produzentenallianz.de](http://www.produzentenallianz.de)

April 2015

# DOKUMENTATION

## DEUTSCHER PRODUZENTENTAG 2015

5. FEBRUAR 2015, BERLIN-BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

# INHALT

- 4 *Vorwort*  
**Dr. Christoph Palmer**, Geschäftsführer Produzentenallianz
- 6 *Begrüßung*  
**Alexander Thies**, Vorsitzender des Gesamtvorstands Produzentenallianz
- 10 *Rede*  
**Björn Böhning**, Staatssekretär, Chef der Senatskanzlei Berlin
- 20 *Podium*  
***Der neue Rundfunkstaatsvertrag – Faire Vertragsbedingungen für Produzenten***  
**Prof. Dr. Karola Wille**, Intendantin Mitteldeutscher Rundfunk  
**Dr. Marc Jan Eumann**, Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien NRW  
**Dr. Christoph Palmer**, Geschäftsführer Produzentenallianz  
**Rainer Robra**, Staatsminister, Chef der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt  
Moderation: Dr. Lutz Hachmeister

# VORWORT

***Christoph E. Palmer, Vorsitzender der Geschäftsführung,  
Produzentenallianz***

2008 wurde nach längerer Vorbereitungszeit die Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e.V. Berlin/München aus vier Vorgängerorganisationen gegründet. Später stießen die Verbände für Animationsfilm und der Verband Deutscher Werbefilmproduzenten hinzu. In der reichen Verbandslandschaft der Filmwirtschaft in Deutschland ist damit erstmals ein kraftvoller, national tätiger Verband der Produktionswirtschaft entstanden, der sämtliche Sparten des filmischen Schaffens repräsentiert. Im Laufe der Jahre entstand auch noch eine eigenständige Sektion für den Dokumentarfilm. Heute besteht die Allianz Deutscher Produzenten aus ca. 230 vorwiegend mittelständisch geprägten Firmen, die in sechs Sektionen (TV-Fiction, Kino-Film, TV-Entertainment, Dokumentation, Animation und Werbefilm) organisiert sind und ungefähr 80 bis 90 Prozent des Deutschen Produktionsvolumens repräsentieren. Das Ziel, die jahrzehntelang zersplitterte Interessenvertretung deutscher Film- und Fernsehproduzenten zu einigen, kann also als annähernd erreicht bezeichnet werden. Die Produzentenallianz agiert mit der politischen Wirksamkeit und der organisatorischen Schlagkraft eines Verbandes, der von annähernd der Gesamtheit seiner

Branche legitimiert ist. Wir sind ein gefragter Ansprechpartner in Politik, Verwaltung, Institutionen, der Öffentlichkeit und anderen Verbänden. Die Auftraggeber bei den Sendern wie unsere Beschäftigten am Set achten auf Stellungnahmen und Verlautbarungen des Verbandes.

Im Frühjahr 2009 hat die Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e.V. ihren ersten Deutschen Produzententag durchgeführt. Dieser hat sich nun im Laufe der Jahre zum zentralen Branchentreff weiterentwickelt, der immer als Auftakt der Berlinale in der Bundeshauptstadt stattfindet. Inhaltlich wurden beim Deutschen Produzententag auch in der Vergangenheit wichtige film- und medienpolitische Fragestellungen thematisiert. So hat zum Beispiel der Deutsche Produzententag 2012 mit seinem Hauptthema „Transparenz im Rundfunk – Gibt es Reformbedarf?“ einen entscheidenden Anstoß zu der seither breit diskutierten Frage der Transparenz bei ARD und ZDF gegeben und nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass zahlreiche öffentlich-rechtliche Sendeanstalten bereits Produzentenberichte veröffentlicht oder dies verbindlich angekündigt haben. Weitere Themen in den vergangenen Jahren waren u. a. internationale Aspekte der Filmpro-



duktion und -verwertung, Geschäftsmodelle jenseits des linearen Fernsehens, Filmfinanzierung und die Terms of Trade mit den Fernsehsendern.

Im Jahr 2015 haben wir zum siebten Male den Deutschen Produzententag veranstaltet. Nach einer einleitenden Standortbestimmung unseres Vorstandsvorsitzenden Alexander Thies hat der Chef der Senatskanzlei Berlin, Staatssekretär Björn Böhning, in einer bemerkenswerten Rede für eine filmische Industriepolitik in Deutschland plädiert. Diese Rede drucken wir hier als wichtigen Meilenstein der filmpolitischen Diskussion in voller Länge ab.

Der Produzententag wurde ergänzt durch ein breit angelegtes Podiumsgespräch zum bevorstehenden neuen Rundfunkstaatsvertrag. Unter der Moderation von Dr. Lutz Hachmeister diskutierten unter anderem MDR-Intendantin Prof. Dr. Karola Wille als Sendervertreterin und die Staatssekre-

täre Dr. Marc Jan Eumann und Rainer Robra für die Politik.

Aus Sicht der deutschen Produktionswirtschaft geht es hier vor allem um faire Vertragsbedingungen für Produzenten. Das große Ziel ist, zu einer Veränderung des Geschäftsmodells bei der sogenannten vollfinanzierten Auftragsproduktion zu gelangen. Das wird auch in Zukunft das „geduldige Bohren dicker Bretter“ bedeuten. Als Interessenvertretung der Deutschen Film- und Fernsehproduktionswirtschaft ist uns diese Herausforderung voll bewusst. Wir werden mit Umsicht, Entschlossenheit und Augenmaß weiter für die Interessen der Branche arbeiten. Den hier gedruckten Beiträgen des Deutschen Produzententages 2015 wünsche ich viele geneigte und interessierte Leser. Ich freue mich über das anhaltende Interesse an unseren Publikationen und Veranstaltungen.

*Berlin, April 2015*

# BEGRÜSSUNG

*Alexander Thies, Vorsitzender des Gesamtvorstands,  
Produzentenallianz*

Liebe Gäste, liebe Freunde, liebe Kollegen!

Ich möchte Sie und Euch ganz herzlich zum Deutschen Produzententag 2015 begrüßen.

Am Beginn dieses Jahres 2015 stehen in besonderer Weise Erfolge unserer Produktionen. Im Kino macht „Honig im Kopf“ dem „Hobbit“ alle Konkurrenz, sieben unserer Produktionen sind unter den erfolgreichsten 20. Und im Fernsehen stellen unsere Serien, Reihen, TV-Movies und natürlich auch die Shows nach wie vor die zuschauer- und quotenstärksten Programme.

Auf der einen Seite werden unsere Produktionen also immer begehrt. Auf der anderen Seite gibt es aber deutliche Diskrepanzen zwischen dem, was wir könnten, dem, was wir wollten, und dem, was momentan möglich ist. Das Geschäftsmodell der Produktion stößt an seine Grenzen, und die Struktur, in der wir arbeiten, stößt ebenfalls an ihre Grenzen. Zusammengefasst kann man sagen, dass immer weniger Geld im Markt ist, dass wir an den wachsenden Erfolgen und den zusätzlichen Erlösmöglichkeiten immer weniger beteiligt werden. Die Nutzungsmöglichkeiten in den verschiedenen Vertriebsmärkten haben sich vervielfacht, aber wir können nicht in der Weise mitmachen, wie wir es denn

gerne wollten. Das erfüllt uns mit Sorge und auch Ungeduld.

Die stärksten Partner in unserem Geschäft sind die öffentlich-rechtlichen Sender. Wir finden es beunruhigend, dass sie ihre Programminvestitionen nur mit Mühe auf dem bisherigen Niveau halten können. Steigerungen der Programmkosten sind nicht geplant, wir müssen mit seit langem stagnierenden Budgets arbeiten, um auf die Produktionsstückzahlen zu kommen. Der Druck auf die Marge steigt.

Dass die Programmbudgets in den Häusern nicht nur für Programm verwendet werden können, haben wir im letzten Jahr gelernt. Das ist ein Ausweis dessen, dass es in dem System so viele Herausforderungen gibt, die offenbar kaum noch zu bewältigen sind. Und auch die privaten Sender haben ihre Investitionen ins Programm deutlich zurückgefahren. Das Publikum gewinnt man aber nicht durch Einsparungen. Attraktives Programm entsteht nur durch Mut und Investitionen. Die Sender sind nur zusammen mit den Produzenten stark. Nur zusammen mit leistungsfähigen Produzenten kann das Niveau an Produktionen erreicht werden, mit dem das Publikum begeistert und gehalten werden kann.

Insofern sind wir nicht der Meinung, dass allein die Ausweitung der



## **Alexander Thies**

*Produzent / seit 1989: Geschäftsführer NFP Neue Filmproduktion / seit 2008: Vorsitzender des Gesamtvorstands der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen*

***„Das Geschäftsmodell der Produktion stößt an seine Grenzen, und die Struktur, in der wir arbeiten, stößt ebenfalls an ihre Grenzen.“***

technischen Reichweiten ausreicht, um die Erfolgsgeschichte unseres dualen Systems und das bewährte Zusammenspiel zwischen Auftragsproduzenten und Sendern weiterzuführen. Nein, wir glauben, dass wir uns hier noch deutlicher darauf konzentrieren müssen, dass die Programmattraktivität steigt. Wir glauben, dass wir gleichzeitig auch die jüngeren Vertriebsmärkte – Pay-TV, Video on Demand – gemeinsam so ins Auge nehmen müssen, damit daraus ein Mehr an Finanzierung entsteht, ein Mehr an Innovation, und das Geschäftsmodell insgesamt attraktiver wird.

Wenn wir über die Sender und den Rundfunkmarkt sprechen, beschreiben wir nicht die einzige Einschränkung, die wir über die letzten Jahre erleben mussten. Es gibt weitere Beschränkungen, von denen wir feststellen mussten, dass sie uns doch sehr wehtun – und die uns zum Teil auch überrascht haben, das will ich zugeben. Die Einzahlungen unserer klassischen Partner

in die Filmförderungsanstalt FFA sind absehbar rückläufig. Auch die Länder mussten mit dem Druck auf ihre Budgets die Fördermöglichkeiten insgesamt eher reduzieren, wenngleich ich mit Freude feststellen möchte, dass einzelne Länder immer mehr versuchen, sich gegen diesen Trend zu stellen. Ich bin in diesem Zusammenhang auch den Kollegen in den Förderungen sehr dankbar, die sehr stark auch für unsere Interessen als Produzenten werben.

Dennoch wird auch von dieser Seite weniger Geld im Topf sein. Und wie überraschend sich die Dinge verändern können, haben wir nicht zuletzt bei einem wesentlichen Baustein der Finanzierung unserer Produktionen kennengelernt, beim deutschen Filmförderfonds DFFF im letzten Jahr. Der DFFF spielt neben der nationalen Förderung der FFA für uns als Produzenten eine zentrale Rolle, weil er eben

nicht auf Regionaleffekten basiert, sondern im Gegenteil effektfrei ist und damit einen besonderen Wert hat und in die Nähe von eigenkapitalersetzenden Geldern kommt. Bei der Diskussion über den DFFF wird deutlich, dass die Bedeutung der Instrumente, über die wir verfügen, nicht überall klar ist. So will ich hier noch einmal deutlich sagen, dass es sich beim DFFF um keine „normale“ Förderung handelt. Der DFFF ist ein Steuerkredit, der sich volkswirtschaftlich schon bezahlt macht, wenn er ausgezahlt wird. Der DFFF ist eine Jobmaschine und ein Wirtschaftsturbo, aber nur, wenn er langfristig verlässlich ist. Die Unternehmen richten sich danach aus. Die Filme werden über Jahre vorbereitet und würden dann im Finanzierungs- und Produktionsprozess ins Straucheln kommen, wenn wir hier eben nicht die Ausweitung bekommen, die aus Sicht des Marktes erforderlich ist.

Das sage ich vor dem Hintergrund, dass wir die vollen 60 Millionen 2014 wieder ausgeschöpft haben. Damit wird für 2015 absehbar, dass die neuerliche Kürzung auf 50 Millionen zu einem Windhundrennen zwischen den Produktionen führen wird. Es ist ein Verdrängungswettbewerb. Es ist sehr bedauerlich, dass wir neben den Zwängen, die wir schon in den beschriebenen Fernsehmärkten haben, uns jetzt auch auf diesem Gebiet gegeneinander ausspielen, indem wir internationale Produktionen gegen deutsche Produktionen stellen müssen – wenn es uns nicht gelingt, doch noch die Erhöhung zu erreichen. Ich möchte an dieser

Stelle noch mal betonen, dass ich hoffe, dass die Erfolgsgeschichte nicht zu Ende sein muss, sondern dass es im Zusammenschluss verschiedener Kräfte gelingt, in diesem Jahr doch noch das Volumen von 60 Mio. Euro zu erreichen, wie es ja letztlich auch im Koalitionsvertrag verankert ist.

Insofern noch mal ein flammender Appell an die, die versuchen, die Dinge noch zu drehen. Und natürlich sind wir in dem Zusammenhang auch ganz gespannt darauf, was aus dem Bereich des Bundeswirtschaftsministers dazu kommt.

Es wird also an den klassischen Stellen für uns immer enger. Es kommt nicht mehr Geld in den Markt hinein, aber die Herausforderungen steigen. Unsere Partner – ob in den Sendern oder auch bei anderen Beteiligten – haben es immer schwerer, sich in ihren eigenen Institutionen durchzusetzen. Und für uns als Produzenten bedeutet das eben, dass das Geschäftsmodell nicht mehr funktioniert. Davor können wir die Augen nicht verschließen. Wir glauben, dass auch die Attraktivität unserer Produktionen für das Publikum leidet, wenn wir nicht vernünftig arbeiten können.

Deswegen plädieren wir so sehr für die Einführung des Lizenzmodells in der Auftragsproduktion. Es scheint mir allerdings, dass dieses Modell in der Politik, bei Partnern und auch in der Branche nicht immer verstanden wird – dabei ist es recht einfach zu beschreiben: Es bedeutet letztlich die Abkehr vom „Total buy-out“, von der Einmalzahlung, mit der die Leistung einer



heute auf vielfältigste Art verwertbaren und mit größtmöglicher Effizienz hergestellten Produktion komplett und auf ewig abgegolten sein soll.

Ich möchte nicht verhehlen, dass das Total-buy-out-Modell ja schon deswegen an die Grenzen kommt, weil wir das Ausquetschen der Zitrone auch unseren Talenten nicht weiter zumuten können. In einer Welt, in der wir eine Vervielfältigung der Möglichkeiten haben und in der das Publikum immer neugieriger wird, muss man auch mit seinen Künstlern, mit seinen Talenten anders umgehen können. Das geht aber nur dann, wenn wir die Rechte – und damit den steigenden Wert –, die mit einer unseren Produktionen entstehen, nicht alle in eine Hand geben und sie dort unwiederbringlich verschwinden sehen.

Wir wollen deswegen, dass der auftraggebende Sender grundsätzlich die Verwertungsrechte nur für eine bestimmte Zeit erhält – und nur die Rechte, die er selber wirklich braucht. Wenn man für eine Free-TV-Anstalt produziert, darf der Pay-TV- und der VoD-Markt für die Verwertung nicht verschlossen bleiben. Die Diskussion um die Mediatheken ist dabei erschreckend. Es ist doch klar, dass wir diese Märkte nicht ignorieren können, dass auf diesen Märkten zusätzlicher Nutzen auch zusätzliche Erlöse bedeuten muss.

Der Produzent soll also selber in der Lage versetzt werden, dort, wo der Verwerter nur bestimmte Rechte braucht, die anderen Rechte selber zu verwerten. Er muss sein unternehme-

risches Know-how nutzen dürfen, das er ja letztlich mit seinen Produktionen ohnehin verbindet. Sonst hätte er die Tortur zur Finanzierung gar nicht erst unternommen. Natürlich müssen die auftraggebenden Sender auch am Erfolg und damit an den Erlösen aus der Zweitverwertung beteiligt werden.

Wir kommen mit dem alten Modell des einmaligen Abgeltens in der bewährten Partnerschaft nicht weiter. Wenn unsere Partner Schwierigkeiten haben und einen Husten bekommen, bekommen wir eine Lungenentzündung. Wir müssen Spielräume bekommen. Diese Spielräume möchten wir mit Blick auf unser Publikum nutzen.

Bei allen unterschiedlichen Auffassungen zwischen Sendern und Produzenten sollte verstanden werden, dass der Vorschlag darauf gerichtet ist, die Dinge anzupassen. Wir haben es in der Hand, ob wir die Notwendigkeiten, die sich aus den technischen Veränderungen an den Märkten ergeben, mitgestalten wollen oder ob wir von ihnen überfahren werden. Als Produzentenallianz treten wir dafür ein, diese Prozesse mitzugestalten, mag das auch noch so schwierig sein. Wir bitten gleichzeitig die Politik, uns hier mit der gewohnten Verve auch weiterhin zu bestärken, denn ohne ihre Mithilfe, glaube ich, haben wir es noch schwerer, aus unseren gewachsenen Abhängigkeiten herauszukommen.

Sie können sich darauf verlassen, dass wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen werden, die Spielräume der Produzenten zu erweitern – Erfolg muss sich lohnen!

# REDE

## ***Staatssekretär Björn Böhning, Chef der Senatskanzlei Berlin: „Wandel als Chance: Für eine filmische Industriepolitik“***

Sehr geehrter Herr Thies, lieber Herr Palmer, sehr geehrte Frau Intendantin, lieber Bernd Neumann, Kollegen Staatssekretäre, meine sehr verehrten Abgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich sage Ihnen allen herzlich willkommen – im Namen des Senats und auch ganz besonders des neuen Regierenden Bürgermeisters Michael Müller. Er bedauert es, heute leider nicht da sein zu können, aber er hat ja letzte Woche die Gelegenheit genutzt, mit einigen von Ihnen im Rathaus ein Gespräch zu führen, um sich auch aus Sicht der Produzenten auf die Berlinale vorzubereiten. Dafür richte ich seinen ganz herzlichen Dank aus. Das soll deutlich machen, dass auch der neue Berliner Regierungschef um die Bedeutung der Berliner Kreativen und ganz besonders auch des Films für die Zukunft der Hauptstadtregion weiß. Das Thema ist und bleibt auf der Agenda.

Film und Fernsehen stehen vor ganz neuen Herausforderungen – denken Sie nur an YouTube, Amazon, Netflix und Co. Man kann sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen. Sondern wir müssen Konzepte entwickeln, um unsere Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Dafür brauchen wir eine neue „Denke“. Film und

Fernsehen sind ein Kulturgut – das wissen wir. Wir müssen uns aber noch konsequenter angewöhnen, dass Film und Fernsehen als Industriezweig zu betrachten sind. Es geht um Wachstum und Entwicklung, um zukunftsfähige Arbeitsplätze, um internationalen Standortwettbewerb, um wirtschaftliche Zukunftschancen – nicht nur für die Hauptstadtregion, sondern für das ganze Land.

Wir betreiben in unserem Land eine Industriepolitik für Chemie, für Maschinenbau, für die Energiewirtschaft. Wenn wir unsere Zukunftsfähigkeit als Industriestandort sichern wollen, dann brauchen wir auch eine Industriepolitik für die Filmwirtschaft. Dazu gehört eine entsprechende Förderung, aber auch eine ständige Evaluierung der Förderung nach wirtschaftlichen Kriterien. Und wie bei Industriepartnerschaften üblich, müssen sich die Akteure der Filmwirtschaft als Partner – auch als Verhandlungspartner – auf Augenhöhe begegnen können. Zu einer nachhaltigen industriepolitischen Strategie gehört eben auch die Ausbildung von Fachkräften. Da muss man bereit sein, nachzujustieren, wenn die Anforderungen unseres digitalen Zeitalters das verlangen. In der Filmindustrie gilt wie in jedem anderen Industriezweig: Gut ausgebildete Fachkräfte sind ein



wichtiger Standortvorteil im internationalen Wettbewerb.

Wir in Berlin wissen um die wirtschaftliche Bedeutung der Filmindustrie und haben unsere Förderinstrumente entsprechend ausgerichtet. Allein das Medienboard hat mittlerweile einen Regionaleffekt von 458 %. Das spricht für sich. Deshalb denken wir auch nicht an eine Kürzung der Förderung – ganz im Gegenteil: Wir stocken auf. Berlin hat die Zuschüsse für den treuhänderisch verwalteten Förderfonds beim Medienboard nicht nur 2013 um 750.000 Euro erhöht. Für den anstehenden Doppelhaushalt 2016/2017 – soweit kann ich jetzt hier gehen – werden wir uns wieder um eine Aufstockung bemühen. Das hat der

Regierende Bürgermeister in den letzten Tagen entschieden.

Jeder deutsche Kinofilm wird im Durchschnitt mit 40 % aus den verschiedenen Fördertöpfen unterstützt. Würden wir der reinen Lehre der Marktapologeten folgen, würden wir das als „Subventionitis“ bezeichnen. Ich sage aber: Es ist klug und gut angelegtes Geld: eine Investition in den Medienstandort Deutschland mit der Folge, dass erhebliche Mittel als Steuereinnahmen in die Haushalte zurückfließen. Das hat auch jüngst wieder eine Studie von Roland Berger zum DFFF nachgewiesen. Und wenn man sich an steuerliche Förderungen in anderen industriellen Sektoren erinnert – gucken wir auf die Energiewirtschaft,

auf die Energiepolitik: Kein anderer Zweig der Industrie ist so steuerlich gefördert wie die Energiewirtschaft, aktuell durch das EEG, aber auch früher wäre die Atomindustrie nicht von allein entstanden, sondern durch eine entsprechende steuerliche Förderung. Deswegen gibt es gute Beispiele in der Industriepolitik, dass auch eine steuerliche Fördersystematik von erheblicher Bedeutung sein kann und sein muss.

Wenn man vom Geld spricht – Herr Thies hat das getan –, darf man nicht die Entwicklung beim Deutschen Filmförderfonds vergessen. Die hat ja in Ihrer Branche für einigen Wirbel gesorgt. Ich bin der Meinung, der DFFF leistet seit 2007 einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dass die deutsche Filmwirtschaft und Filmkultur ihre Position im internationalen Wettbewerb behauptet. Mit seinen standortungebundenen Zuschüssen hat er in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass der Rang und die Sichtbarkeit des deutschen Films deutlich gesteigert werden konnten. Umso ärgerlicher ist es, dass diese positive Entwicklung nun durch die Kürzung der Bundesmittel gefährdet wird. Die Fördermittel haben wirtschaftliche Anstoßeffekte erzielt, die im Durchschnitt bei etwa dem Sechsfachen der jeweiligen Förderung liegen, so das Ergebnis der regelmäßigen Evaluierungen durch das BKM, den Bundesfinanzminister und den Bundeswirtschaftsminister. Deshalb ist es auch richtig, dass der Bundeswirtschaftsminister jetzt 10 Millionen aus dem Etat der Mittelstandsförderung beisteuern

will, um die entsprechenden Ausfälle zu kompensieren.

Das kann aus meiner Sicht aber nur ein Anfang sein. Wenn wir es ernst meinen mit einer filmischen Industriepolitik, dann muss die Förderung integraler Bestandteil einer industriepolitischen Strategie für die Filmwirtschaft sein. Das heißt: Die Förderung muss sich danach ausrichten, dass die größtmöglichen Wachstums- und Beschäftigungseffekte erzielt werden. Und klar ist auch: Zehn Millionen sind perspektivisch natürlich viel zu wenig – aber immerhin ein Anfang. Ich hoffe, dass jetzt bald Klarheit über die entsprechenden Strukturen und Förderbedingungen entsteht. Ich bin der Meinung, wir sollten sie für die direkte Förderung einsetzen. Und: Sie sollte allen Formaten – also auch seriellen Formaten – offen stehen.

Bei dieser Gelegenheit noch eine Bemerkung zu den Richtlinien des DFFF: Im Ausland werden Fördermodelle in der Konkurrenz zwischen verschiedenen Angeboten wie Steuerermäßigungen beispielsweise in Kanada oder Großbritannien nur dann als gleichwertig angesehen, wenn sie nicht mit Vergaberisiken oder unsicheren Bedingungen verbunden sind. An sich erfüllt der DFFF diese Voraussetzungen, da er lediglich an bestimmte zu erfüllende Kriterien anknüpft und danach entsprechend der Verfügbarkeit der Mittel ein Förderanspruch besteht. Allerdings gibt es Kappungsgrenzen in Bezug auf die automatische maximale Förderhöhe, die bei 4 Mio. Euro liegen. Aus der Branche wird zu Recht darauf



hingewiesen, dass diese Kappungsgrenzen ein ernstes Hindernis darstellen. Der Beirat des DFFF hat sich, wie ich gehört habe, am 3. Dezember 2014 mit dieser Kappungsgrenze und auch einer eventuellen stärkeren Einbindung des VFX-Sektors in die Förderung befasst. Aus industriepolitischer Sicht ist eine solche Kappungsgrenze verfehlt. Denn eine Förderung muss danach ausgerichtet sein, einen größtmöglichen volkswirtschaftlichen Effekt zu erzielen – entsprechend müssen die Fördermittel auch eingesetzt werden.

Wenn man vom Geld redet, ist man auch bei dem zweiten großen Förder-system des Bundes, der Filmabgabe nach dem Filmförderungsgesetz. Während vor drei Jahren noch große Unsicherheit darüber bestand, ob das FFG eine Zukunft haben würde, können wir heute sicher sein: Dieser unverzichtbare Baustein, dieses arbeitsteilige System zwischen Bund und Ländern wird dank der Entscheidung des Bundes-

**Staatssekretär Björn Böhning**  
*Studium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin / bis 2007: Juso-Bundesvorsitzender / bis 2011: Mitglied des SPD-Parteivorstandes / seit 2007: Leiter der Abteilung „Politische Grundsatz- und Planungsangelegenheiten“ in der Senatskanzlei des Landes Berlin / seit 2011: Chef der Senatskanzlei des Landes Berlin*

***„Wenn wir unsere Zukunftsfähigkeit als Industriestandort sichern wollen, brauchen wir auch eine Industriepolitik für die Filmwirtschaft.“***

verfassungsgerichts erhalten bleiben. So viel, so gut. Wir sollten aber bei den anstehenden Diskussionen aufpassen, dass wir uns darauf nicht ausruhen, dass wir da auch nicht stehen bleiben und sagen: „Naja, da helfen eben kleinere Nachjustierungen.“ Ich glaube, wir sollten versuchen, die Novellierung des FFG voranzubringen, die ja schon am 1.1.2017 in Kraft treten muss. Und sollten da auch mutig sein.

Frau Staatsministerin Prof. Grütters hat das Verfahren dazu in Gang gesetzt. Die Verbände der Filmwirtschaft können bis Anfang März dieses Jahres schriftlich Stellung nehmen. Im Herbst 2015 wird die Kulturstaatsministerin

dann zu einem Runden Tisch einladen. Bis dahin soll ein Referentenentwurf vorliegen, über den dann diskutiert werden kann. Die Frist für die Diskussion ist also kurz. Wie Sie wissen beträgt die Laufzeit des geltenden FFG diesmal eben nur 3 Jahre.

Aus meiner Sicht wird sich die Diskussion sowohl auf die Einnahmeseite, als auch auf die Ausgabeseite beziehen müssen. Um sie gut vorzubereiten und in sachliche Bahnen zu lenken, hat die Filmförderungsanstalt Gutachten in Auftrag gegeben, die inzwischen vorliegen. Der Verwaltungsrat hat sich im Januar damit befasst. Ohne jetzt zuviel ins Detail zu gehen oder einige Geheimnisse zu verraten, muss man, glaube ich, trotzdem feststellen: Die Entwicklung der Abgaben ging schon von 2004 bis 2013 zurück, und dieser Trend wird vermutlich auch bis 2021 anhalten. Hauptgründe dafür sind die stagnierenden Einnahmen bei den Filmtheatern und insbesondere die negative Entwicklung beim Verkauf und der Vermietung von DVDs. Da sich das Geschäft immer mehr hin zu den digitalen Verbreitungswegen verlagert, ist die Einführung neuer Abgabepflichtigen für Kabelnetzbetreiber und Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen ein logischer Schluss. Das ist eine Frage der Abgabengerechtigkeit. Nur wenn wir die Abgabepflicht verbreitern, lassen sich die Einnahmeverluste dauerhaft kompensieren.

Klar ist natürlich aber auch – das wissen Sie so gut wie ich –, dass dazu die rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten sind: Ich erinnere daran,

dass die Abgabepflicht für ausländische VoD-Anbieter, die bereits im geltenden FFG enthalten ist, wegen des Widerstandes der EU-Kommission nicht angewendet werden kann und ein Vertragsverletzungsverfahren abzuwarten ist.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir schwer zu vermitteln, wenn einzelne Abgabepflichtige die Höhe ihrer Abgabe reduzieren wollen. Die Förderung durch das FFG nützt der Branche und liegt im wohlverstandenen Interesse der Abgabeverpflichteten selbst. Ich denke, trotzdem ist es weitgehend unstrittig, dass sich die Förderarbeit der FFA bewährt hat. Das gilt besonders für die Herstellung und den Vertrieb von deutschen Kinofilmen. Aber nicht zuletzt auch für die Filmtheaterförderung.

Die Länder – das sage ich an dieser Stelle zumindest für Berlin zu – werden sich an der Reformdebatte engagiert beteiligen. Und ich will schon ein paar Punkte nennen, die mir sehr wichtig sind: Schon aus Gerechtigkeitsgründen bin ich dafür, alle Nutzer deutscher Filme zur Abgabe heranzuziehen. Dies sollte auch gelten, wenn diese ihren Sitz im Ausland haben. Besonders wichtig ist mir: Wir müssen auch Google, YouTube, Amazon, Netflix und Co. – also die Produzenten und Anbieter im Netz – in die rechtliche Systematik einpassen. Das wird sehr schwer. Und deswegen plädiere ich für ein schrittweises Vorgehen: Wir sollten nicht nur streiten, und wir sollten nicht nur öffentlichen Druck artikulieren und aufbauen. Ich plädiere ganz

vehement für einen Dialog mit diesen Unternehmen mit dem Ziel einer freiwilligen Selbstverpflichtung, ähnlich wie ARD und ZDF es mit zusätzlichen Leistungen getan haben. Der Anreiz wäre: Wer zahlt, kann auch in den Genuss einer Förderung für seine Produkte kommen. Das wäre auch industriepolitisch sinnvoll.

Alle starren nun wie gebannt auf das Phänomen, dass aus Anbietern wie Amazon und Netflix plötzlich Produzenten werden. Und es ist ja nicht unbekannt, was diese Unternehmen für Mittel in ihre Produktionen investieren können. Aber man sollte nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren, sondern die neuen Größen auf dem Produzentenmarkt auch als Chance sehen und sie für Produktionen in Deutschland und Berlin gewinnen – am besten mit deutschen Koproduzenten. Das wäre eine industriepolitische Herangehensweise, von der alle profitieren können.

Ein weiterer Punkt: Auch im FFG gilt es, das Prinzip der fairen Rechtaufteilung zwischen Sendern und Produzenten durchsetzen zu helfen, um die Auswertung der Filme gerade im digitalen Bereich zu verbessern und damit auch bessere Tilgungsmöglichkeiten für die gewährten erfolgsbedingten Darlehen zu schaffen. Gegenstand der Diskussion wird auch die Effizienz der Förderinstrumente sein, insbesondere in den Bereichen Produktion, Verleih und Kino. Wo Verbesserungen angezeigt sind, ist auch hier das FFG anzupassen.

Ein weiteres Thema ist das Filmerbe, das gesichert und zugänglich ge-

macht werden muss. Es geht darum – auch in der Verantwortung gegenüber späteren Generationen – die geförderten Kinofilme nicht nur auszuwerten, sondern auch langfristig zu archivieren und insbesondere dem digitalen Nutzer zugänglich zu machen.

Es muss aufhören, dass Bund und Länder beim Thema Filmerbe immer mit dem Finger auf den jeweils anderen zeigen. Sondern dass jeder – der Bund in seiner Verantwortung, aber auch die Länder und erst recht die Sender – seinen Beitrag leistet. Ich kann für Berlin sagen, dass wir die Sicherung und Zugänglichmachung des Filmerbes als staatliche Gesamtaufgabe sehen. Berlin wird hier im Hinblick

### ***„Die Förderung durch das FFG nützt der Branche und liegt im wohlverstandenen Interesse der Abgabeverpflichteten selbst.“***

auf seine Filmförderung vorangehen und auch für das Filmerbe einen Beitrag leisten.

Wichtig ist auch die Erhaltung der Kinolandschaft – nicht nur in den großen Städten, sondern auch in der Fläche und in strukturschwachen Regionen. Deshalb sollte der Anteil der Kinoförderung aus meiner Sicht nicht reduziert werden.

Ein Thema, das Sie immer wieder beschäftigt, sind die Sperrfristen und das Nutzungsverhalten der Zuschauer-

rinnen und Zuschauer, das sich gerade im Hinblick auf die digitalen Verwertungswege verändert hat. Einerseits brauchen wir weitere Lockerungen der Sperrfristen. Aber die dürfen die Kinolandschaft nicht gefährden. Und das FFG muss auch die veränderte Wertschöpfungskette im Blick haben. Ich sehe z.B. keinen Grund dafür, dass Filme, deren Auswertung im Kino nach kurzer Zeit abgeschlossen ist und die dort nur eine geringe Zahl von Zuschauern angezogen haben, nicht unverzüglich digital verwertet werden können.

Ein Vorschlag zum Verfahren: Im Hinblick auf neue digitale Verwertungsmöglichkeiten sollte im Gesetz nur geregelt werden, dass Sperrfristen zu beachten sind. Die Sperrfristen selbst sollten in einer Richtlinie festgelegt werden, die dann größere Flexibilität und Anpassung an sich ändernde Marktusancen ermöglicht.

Ein großes Thema, wenn wir über Industriepolitik reden, ist auch die Exportindustrie. Wir haben auf der Bundesebene gute Koproduktionsabkommen, auch Koproduktionsfonds mit dem deutsch-italienischen und der Mini-Traité mit Frankreich. Aber ich glaube, wir brauchen auch im Hinblick auf den asiatischen Markt noch mehr Investitionen. Ich war kürzlich in Peking, habe das Beijing Film Festival mit vorbereitet – Partnerland war unter anderem Berlin –, und ich plädiere ganz vehement dafür, dass wir uns dem asiatischen Markt öffnen. Ich würde es begrüßen, wenn ein deutsch-chinesisches Koproduktionsabkommen geschlossen würde. Dies ist an-

gesichts des großen Marktes und der in China praktizierten Quotierung in inländischen Kinos mitentscheidend für einen fairen Zugang.

Aber ich bin ja hier auch Ländervertreter, und da komme ich zu einem Dauerbrenner, nämlich dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist nach wie vor der beste der Welt. Programmqualität und Vielfalt suchen ihresgleichen. Auch bei innovativen Serienformaten, für die wir die Amerikaner oder Skandinavier beneiden, holen wir auf. Etwa mit „Deutschland 83“, produziert von UFA Fiction und RTL – die ersten beiden Folgen werden auf der Berlinale gezeigt. Oder mit „Babylon Berlin“, einer Koproduktion von X Filme, ARD und Sky, die in diesem Jahr Drehbeginn hat. Damit sind wir auf dem Weg, uns diesen Markt zu erschließen. Das sind sehr kreative, eigenständige Produktionen, „deutsche“ Themen mit zeitgeschichtlichem Bezug, kein x-ter Aufguss einer amerikanischen Erfolgsserie. Solche Beispiele werden und sollen Schule machen.

Deshalb liegt mir ein anderes Thema – ein wichtiges Thema – sehr am Herzen: die Vertragsbedingungen zwischen Fernsehveranstaltern, Produzenten und Urhebern: die sogenannten „Terms of Trade“. Wir brauchen Vertragsbedingungen, die garantieren, dass die Produzenten und die Kreativen starke Partner der Fernsehveranstalter und Verwerter bleiben und für Qualität im Programm sorgen. Ausgangspunkt für die Diskussion der Länder ist die Protokollerklärung zum 12.



Rundfunkänderungsstaatsvertrag von 2009. Darin bekräftigten alle Ministerpräsidenten ihre Auffassung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Bereich Film- und Fernsehproduktion ausgewogene Vertragsbedingungen und eine faire Verteilung der Verwertungsrechte garantieren soll. Nun, fünf Jahre später, ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Auf der Ebene der Länder hat diese Evaluierung begonnen. Ich gehe von Ergebnissen im Laufe dieses Jahres aus. Nach oder vielleicht auch wegen der Protokollnotiz hat es erfreuliche Fortschritte im Verhältnis zwischen Sendern, Produzenten und Urhebern gegeben. So hat die Produzentenallianz eine Reihe von Vereinbarungen mit ARD und ZDF in Form von „Eckpunkten“ abgeschlossen. Die Produzentenallianz selbst sieht darin substantielle Verhandlungserfolge und einen weiteren Schritt im Hinblick auf die notwendige Modernisierung dieser Terms of Trade. Sie sieht aber ebenso wie die AG DOK, dass weitere wesentliche Schritte folgen müssen.

Eine Studie der AG DOK zur beruflichen Situation von Autoren und Regisseuren – und sicherlich auch Autorinnen und Regisseurinnen – kommt zu dem Ergebnis, dass 85 % ihrer Mitglieder von der Produktion von Dokumentarfilmen nicht leben könnten. Das ist ein dramatischer Befund, der Handlungsbedarf anzeigt. Auch die Rechteproblematik ist aus meiner Sicht noch nicht zufriedenstellend gelöst. Der Ansatz des Gemeinschaftsunternehmens „Germany’s Gold“ ist leider gescheitert. Fortschritte wurden dagegen bei

der Transparenz innerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erzielt. Dies betrifft vor allem veröffentlichte Produzentenberichte, Kostenaufschlüsselung und Ähnliches.

Zwar verbietet die Programmautonomie der Sender – richtigerweise, wie ich deutlich machen möchte –, dass der Staat steuernd in die Programmgestaltung eingreift. Aber: Berlin wird die Ausgewogenheit des Systems der Fernsehproduktion bei der Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens durch die Rundfunkstaatsverträge im Blick behalten. Zur Versachlichung der Argumentation hat die Senatskanzlei Berlin im Sommer letzten Jahres ein Rechtsgutachten bei Prof. Martin Eifert über „Rechtliche Rahmenbedingungen einer Förderung unabhängiger Produzenten aus dem Rundfunkbeitrag“ eingeholt. Er kommt zu einem interessanten Fazit. Ich zitiere: „Eine Verwendung der Rundfunkbeiträge ist verfassungsrechtlich für alle Zwecke zulässig, in deren Verfolgung eine Ausgestaltung der grundgesetzlichen Rundfunkfreiheit (Artikel 5 Abs.1) liegt. Das Hinwirken auf ein vielfältiges Programmangebot ist verfassungsrechtlich zulässiges Ausgestaltungsziel.“ Das heißt nichts anderes, als dass eine indirekte Förderung auf rundfunkstaatsvertraglicher Basis zum Beispiel durch Programmquoten zugunsten unabhängiger Produzenten bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dann zulässig ist, wenn sie dem Ziel der Rundfunkfreiheit dient, nämlich: ein vielfältiges Programm zu fördern. Die Programmautonomie der Sender muss natürlich berücksichtigt

werden. Dies steht rechtlichen Vorgaben nicht prinzipiell entgegen, erfordert nur eine quantitative Begrenzung und eine möglichst formale und abstrakte Fassung.

Machen wir uns auf!

Ich hatte den Gedanken der Industriepartnerschaft bereits angesprochen. Die Länder setzen nach wie vor darauf, dass sich die Parteien im gemeinsamen Interesse an Qualität und an einer starken international konkurrenzfähigen deutschen Produktionslandschaft grundsätzlich selbst über ihre Vertragsbedingungen verständigen. Sender und Filmproduzenten müssen sich aber als Partner auf Augenhöhe begegnen können. Die Devise lautet: Je vielfältiger die Produktionslandschaft, desto besser das Programm.

In diese Richtung zielt die von der Produzentenallianz mit der ARD bis 31. Dezember diesen Jahres verlängerte Eckpunktevereinbarung. Die Produzentenallianz strebt an, innerhalb dieses Zeitraums ein qualitativ verbessertes Geschäftsmodell zu erreichen, das die Produzenten befähigt, über Rechte zu verfügen und erhöhte Zweitverwertungserlöse zu generieren. Außerdem hat die ARD angekündigt, ihre Verwertungsstrukturen zu überprüfen. Solange diese Verhandlungen laufen, besteht kein Anlass, die Einführung von Programmquoten zu forcieren. Aber: Sie sind auch nichts Unübliches. Das zeigt schon eine entsprechende Regelung in der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, die allerdings in Deutschland bisher – darüber kann man diskutieren –

noch nicht umgesetzt worden ist. Mir ist auch bewusst, dass die Mittel der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus dem Rundfunkbeitrag für die Programmbeschaffung begrenzt sind und auf absehbare Zeit nicht wesentlich erhöht werden können.

Ärgerlich finde ich es aber, wenn die Rundfunkanstalten die ihnen von der KEF bewilligten Mittel für die Programmbeschaffung zweckentfremden und z.B. für die Deckung von Verwaltungskosten benutzen. Ich verweise dabei auf den 19. KEF-Bericht, der dies dokumentiert. Auf Seiten der Produzenten könnte der Eindruck entstehen, dass die Programmkostenansätze als Verschiebemasse zum Ausgleich anderer Kosten genutzt werden. Diesem Eindruck solle man entgegenwirken. Ich bin deswegen ganz froh, das auch Marc Jan Eumann aus Nordrhein-Westfalen einen Vorschlag gemacht hat, diesem Missbrauch einen Riegel vorzuschieben, nämlich, auch rundfunkstaatsvertraglich klarzustellen, dass die Kosten für Programmaufwendungen eben nicht deckungsfähig mit den anderen Kostenpositionen sind.

Ein anderer Regelungsgegenstand im Rundfunkstaatsvertrag könnte aber auch die Verteilung der Rechte bei Auftragsproduktionen der Sender betreffen. Herr Thies hat es bereits angesprochen. Hier läuft die Diskussion, ob das bisherige Modell der vollfinanzierten Auftragsproduktion zeitgemäß ist. Die Produzenten verlangen das Lizenzmodell: Das bisherige Modell setze falsche Anreize, insbesondere, wenn man auf die internationale Situation blickt.

Die Sender verweisen allerdings auch darauf, dass das Lizenzmodell zu unerwünschten Konzentrationsprozessen geführt habe. Ich bin der Meinung, man sollte sich die internationalen Erfahrungen sehr genau anschauen. Sehr genau anschauen sollte man sich mit den rundfunkstaatsvertraglichen Rahmenbedingungen auch den Anfasser für solche Dinge. Unbestreitbar ist, dass die zusätzlichen Verwertungsmöglichkeiten in der digitalen Welt auch neue Einnahmequellen schaffen, die genutzt und fair verteilt werden sollten – Stichwort: Mediatheken.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort zu dem kürzlich veröffentlichten sogenannten Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums: Ich halte es für wenig hilfreich für eine sachliche Debatte um die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das kann man nicht nur im Hinblick auf die ständige Rechtsprechung sagen. Trotzdem wird da schlank behauptet – ich zitiere: „Ein zukunftsfähiges System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollte dem Subsidiaritätsprinzip mehr Gewicht geben: Der öffentlich-rechtliche Anbieter sollte nur da auftreten, wo das privatwirtschaftliche Angebot klare Defizite aufweist.“

Damit ist nichts anderes gesagt, als das Prinzip der Grundversorgung aufzukündigen und zu fordern, dass der Rundfunkmarkt ähnlich wie andere Märkte ausgestaltet werden sollte. Würde man das alles ernst nehmen, wäre dies das Ende eines gemeinwohlorientierten qualitativ hochwertigen Programmangebots für alle Schichten

der Bevölkerung und würde sicherlich auch zu gravierenden Konsequenzen für die Produzentenlandschaft und -vielfalt führen. Ich finde, da geht es um viel mehr als nur um Finanzfragen. Das rührt am Grundverständnis unseres demokratischen Gemeinwesens und der Frage, wie in unserem Land eine demokratische politische Öffentlichkeit gestaltet werden soll, und ich frage mich ernsthaft, was das für Experten sind, die so etwas vorschlagen.

Ich verspreche, dass die Länder da nicht mitmachen. Wir glauben, dass das duale Rundfunksystem eine Zukunft hat. Und der Erhalt des dualen

### ***„Sender und Filmproduzenten müssen sich als Partner auf Augenhöhe begegnen können.“***

Rundfunksystems ist eben auch eine industriepolitische Herausforderung.

Meine Damen und Herren, seien wir uns bewusst: Filmförderung und unser System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind für das kulturelle Selbstverständnis unseres Landes essentiell. Ich sage aber auch: Wir brauchen für die Film- und Fernsehwirtschaft eine industriepolitische Strategie. Einige Eckpunkte habe ich genannt. Ich erwarte in allen Debatten mehr Verantwortungsbewusstsein und weniger Laissez-faire, denn es geht um die Zukunft unseres Filmstandorts, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung, und auch um gute Arbeitsbedingungen für die Kreativen in unserem Land.

# PODIUM

**„Der neue Rundfunkstaatsvertrag – Faire Vertragsbedingungen für Produzenten“ mit Prof. Dr. Karola Wille, Dr. Marc Jan Eumann, Dr. Christoph Palmer, Rainer Robra. Moderation: Dr. Lutz Hachmeister**

**Lutz Hachmeister** (Moderation): Im Spiegel war zu lesen, dass für die Anmeldung bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs KEF eine stärkere Aufsicht stattfinden soll, was öffentlich-rechtliche Sender für das direkte Programm ausgeben und was sie sozusagen für ihren Selbsterhalt ausgeben. Frau Prof. Wille, gibt es eine Prognose, wann Sie nichts mehr für das Programm ausgeben können und alles nur für den Unterhalt der Sender ausgeben müssen?

**Karola Wille:** Also, erst mal freue ich mich sehr, dass dieser KEF-Bericht mittlerweile ein so großes Interesse findet. Ich kann ihn zur Lektüre nur empfehlen. Da steht auch drin, wie viele Wirtschaftlichkeits- und Sparmaßnahmen der öffentlich-rechtliche Rundfunk regelmäßig in den Beitragsperioden leistet. Zur Passage, wo darauf abgestellt wird, dass 94 Millionen weniger Programmaufwendungen stattgefunden hätten, empfiehlt es sich aber, auch den nächsten Satz zu lesen. Dort steht nämlich, dass diese Entwicklungen durch günstigere Teuerungsraten verursacht wurden. Da geht es im Prinzip um einen Plan/Ist-Vergleich: Man schaut, was für eine bestimmte Beitragsperiode prog-

nostiziert war, wie viel da aufgrund der prognostizierten Teuerungsraten anfallen sollte und wie viel tatsächlich angefallen ist. Da hat man festgestellt: Es war günstiger. 94 Millionen weniger waren notwendig, weil die Teuerungsraten insgesamt geringer waren und deswegen: Nichts eingespart, nicht weniger ins Programm gegeben. Und die Personalkostenthemen sind Tarifthemen. Wir orientieren uns am öffentlichen Dienst. Dass da Steigerungen in der Periode drinsteckten, kommt dort auch zum Ausdruck, aber das Eine hat mit dem Anderen zunächst überhaupt nichts zu tun. Und: Unser Geld geht ins Programm.

**Moderator:** Dann ist ja alles gut. Wenn alles in Ordnung ist, Marc Jan Eumann, müsst ihr euch ja nicht mehr drum kümmern?

**Marc Jan Eumann:** Ich hatte diese Frage schon im vergangenen Jahr im Fernsehrat gestellt, um in Erfahrung zu bringen, wie das eigentlich zustande kommt. Ich glaube, die ARD und auch das ZDF müssen sich damit auseinandersetzen, dass sie bei der KEF Mittel für das Programm angemeldet haben und die von der KEF bewilligten Programmmittel nicht vollständig ausgeben. Das hat verschiedene Gründe.



Frau Wille, es ist ja nicht nur der eine Satz. Wenn ich die günstigen Entwicklungen der Teuerungsraten nehme und die Gespräche mit Produzentinnen und Produzenten vor Augen habe, die sagen: „Wir werden immer mehr in unseren Preisen gedrückt, weil da gespart werden muss“, dann passt das ja nicht ganz zusammen. Die Frage ist also, ob die günstige Entwicklung bei den Teuerungsraten nicht ein Geschäft der ARD und des ZDF zulasten Dritter ist, in diesem Falle der Produzenten. Das ist ja etwas, was ich bei ARD und ZDF gelegentlich nicht verstehe. Wenn man die Erkenntnis hat, dass man bewilligte Mittel nicht ausgibt, wäre es natürlich ein schönes Signal zu sagen: „Wir wollen natürlich alles dafür tun, die bewilligten Programmmittel auch wirklich ins Programm zu investieren und den Nutzerinnen und Nutzern mit dem, was wir aufgrund von anderen

Effekten sparen, etwas anderes, etwas Größeres, etwas Neuere zu bieten.“ Statt dieser Ansage kommt immer eine sehr komplizierte Erklärung, warum das trotzdem nicht zum Schaden von Produzenten und nicht zum Schaden von Nutzern ist. Herr Robra, ich hoffe, wir gewinnen Sie für eine ganz schlichte Formel, die in Zukunft greifen soll, nämlich dass die von der KEF bewilligten Programmmittel für das Programm vollständig ausgegeben werden sollen. Ich glaube, das ist eine ganz schöne Nachricht für alle Beteiligten.

**Rainer Robra:** Dem Appell kann ich mich ohne Weiteres anschließen. Nicht nur als Politiker, sondern auch als ganz schlichter Beitragszahler glaube ich, dass wir alle ein großes Interesse daran haben, dass möglichst viele Cents unserer 17,98 Euro am Ende ins Programm und vor allen Dingen auch in die Qualität des Programms

investiert werden und nicht irgendwas in Bereichen versackt, die zwar auch notwendig sind – Verwaltung, alles drum herum. Andererseits muss man eben sehen: Da hat die KEF auch noch eine Riesenarbeit zu leisten, das ist alles noch nicht durchgehend systematisiert. Da gibt es eine ganze Reihe von Unwuchten, zum Beispiel auch beim Westdeutschen Rundfunk, der das Gebäudemanagement mal unter Sachkosten laufen lässt und dann wiederum bei Personalkosten verbucht. Andere ARD-Anstalten handhaben das noch anders. Auch da wäre ich dankbar, wenn wir, lieber Herr Eumann, uns einig wären, dass wir auf eine gewisse Standardisierung drängen. Denn Transparenz, die wir ja alle anstreben, setzt voraus, dass wir endlich mal zu Standards kommen, die von allen beachtet werden, auch bei der Zuordnung von Kosten. Freie Mitarbeiter sind auch so ein Thema.

**Moderator:** Wer könnte das verfügen?

**Rainer Robra:** Das kann nur ein Gemeinschaftswerk von Intendanten, den Mitgliedern der KEF und letzten Endes auch der Politik sein. Wir brauchen als Politik da die Vorarbeiten aus den Verwaltungsdirektionen der Anstalten. Die KEF muss sich auch noch anstrengend, um wirklich auch Transparenz in ihren Bericht hineinzubringen, in ihre Empfehlungen. Und dann, denke ich, wissen wir am Ende eben wirklich, was als Budget in einer Gebührenperiode zur Verfügung für Programm steht und was eben ehrliche Personalkosten sind, die nicht irgendwo anders untergebracht werden.

**Moderator:** Herr Palmer, verfügen Sie denn in der Produzentenallianz über relationale Zahlen, was Aufwand an Programm, direktem Programmaufwand, Pensionsrückstellungen, Personalkosten, allgemeine Verwaltungskosten, Technikkosten betrifft? Ist das für Sie transparent?

**Christoph Palmer:** Beim ZDF haben wir natürlich sehr genaue Zahlen. Das ist eine monostrukturierte Anstalt, da können Sie genau nachschauen. Die ARD berichtet natürlich genauso in der KEF. Das Problem ist nur, dass die Zahlen der verschiedenen ARD-Häuser zum heutigen Zeitpunkt nur sehr beschränkt vergleichbar sind. Das ist genau das, was Herr Robra gerade angemahnt hat. Die Länder haben sich, nicht zuletzt von uns, von einem Produzententag angestoßen, vor einigen Jahren auf den Weg gemacht, die Transparenzstandards zu vereinheitlichen. Das brauchen wir auch dringend, weil eine Vergleichbarkeit der ARD-Anstalten in den verschiedenen Ausgabengruppen nur so zu gewährleisten ist. Da sind wir auf gutem Wege.

Ich möchte aber nochmal zum Thema Programm zurückkommen und versuchen, ein bisschen aus der Anklage- oder Defensivsituation der Anstalten rauszukommen und so etwas wie einen Konsens zu formulieren: Für was ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk denn da? Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist gegründet worden, um gute Fernseh- und Hörfunkprogramme zu machen, Grundversorgung, Maximalversorgung. Er hat eine Bestands- und Entwicklungsgarantie,



um Programm zu machen. Wir müssen gemeinsam aufpassen, dass daraus keine Pensionssicherungsvereine mit angeschlossenen Hausverwaltungen werden. Hier gibt es eine Fehlentwicklung über Jahrzehnte. Das Problem ist nur: Die heutige Intendantengeneration kann nicht einfach den Schlüssel umdrehen. Die Mitarbeiter sind ja da, und auch die Pensionslasten sind da. Aber wir müssen den Weg der Strukturreformen in den Anstalten weitergehen. Es ist nicht sehr populär in den Sendern, aber ich glaube, dass es überhaupt keine Alternative zum Thema Personalabbau gibt. Wer Mittel für das Programm freimachen will, muss auch die Strukturen in den Häusern angehen. Der Verschlingungsdiskussion, um freie Dispositionsmittel für Programm zu gewinnen, müssen wir uns stellen. Und aus Sicht der Produktionswirtschaft in Deutschland gibt es dazu keine Alternative.

**Prof. Dr. Karola Wille**

*Studium der Rechtswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena / seit 1991: MDR, ab 1996 Juristische Direktorin, seit 2011 Intendantin, ARD-Filmintendantin und ARD-Vertreterin im Verwaltungsrat und Präsidium der FFA / 2002: Honorarprofessur für Medienrecht an der Universität Leipzig*

**„Wir haben in den letzten Jahren dazugelernt, dass Transparenz uns nützt, weil wir mit ganz vielen Vorurteilen aufräumen können.“**

**Moderator:** Nun kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr Geld durch die Umstellung des Beitragserhebungsverfahrens zu – oder auch nicht, Herr Eumann weiß das besser. Warum gibt man den Sendern nichts von den Mehreinnahmen, anstatt den Rundfunkbeitrag wieder zu senken? Und verbindet das mit einem klaren Schnitt, einer Auflage zur Strukturreform?

**Marc Jan Eumann:** Das von der KEF bewilligte Budget ist unabhängig von dem Geld, das beim Beitragsservice einläuft und dort sozusagen eingefroren wird. In der Tat gab es den politischen Willen, dass man nicht nur für eine lange Zeit eine Beitragsstabilität verabredet hat, sondern erstmalig in der Geschichte auch eine Beitragssen-

kung. Das ist, wie ich finde, auch eine große Leistung. Wir in der Politik – Björn Böhning, Tabea Rößner, Rainer Robra und ich – haben schon gelegentlich gespiegelt bekommen, dass die Akzeptanz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht überall, nicht in allen gesellschaftlichen Gruppen, so groß ist. Wir glauben, dass wir durch die Beitragssenkung zu einer stärkeren Akzeptanz beigetragen haben. Außerdem haben wir verabredet: Wir wollen die Umstellung evaluieren. Die Ergebnisse erwarten wir jetzt im Frühjahr. Gibt es Unwuchten? Gibt es Ungerechtigkeiten, auf welcher Ebene auch immer? Wir haben erklärt, dass wir uns den Strukturausgleich innerhalb der ARD noch mal anschauen wollen. Und wir haben erklärt, dass wir bei dem Thema Werbung und Sponsoring auch noch mal hinschauen wollen. Berlin hat freundlicherweise mit dem Eilert-Gutachten ja einen Weg aufgezeigt, ob vielleicht noch andere Dinge möglich sind.

**Rainer Robra:** Es gibt noch einen Gesichtspunkt, den wir nicht vergessen sollten, nachdem wir jetzt den Beitrag abgesenkt haben. Viele sagen ja, dass es nicht ausreichend war und wir noch weiter hätten absenken sollen. Ich sehe das nicht so, denn wir dürfen eines auf keinen Fall riskieren, nämlich zu Beginn der nächsten Gebührenperiode eine erneute Anhebung. So ein Pingpong- oder Schaukelmodell wäre politisch in den Landtagen absolut nicht durchzusetzen. Deswegen müssen wir eben vorausschätzen, und das kann man, glaube ich, auch relativ

gut: Schaffen wir eine Beitragsstabilität auch für die nächste Periode? Wie es im Moment aussieht, liegen wir mit 17,50 Euro künftig wahrscheinlich genau da, wo das ganze System unter Berücksichtigung all der Aspekte und Herausforderungen austariert ist. Diese ständigen hektischen und aufregenden Diskussionen, als wir unentwegt Anstiege hatten, wünsche ich uns nicht, und deswegen, glaube ich, ist die Zeit ganz günstig, sich auch über solche Fragen Gedanken zu machen.

**Moderator:** Die Debatte bleibt ja immer abstrakt, wenn wir nicht die konkrete Programmleistung – Programmqualität – betrachten: Wo steht das deutsche Fernsehsystem? Nicht, was den soliden Durchschnitt betrifft – das, was man jeden Tag sehen kann. Der ist sicherlich international relativ weit vorn. Sondern ästhetisch-dramaturgische Spitzenleistungen; es hat ja mal sowas wie „Das Boot“ aus Deutschland gegeben. Das war sicherlich ganz oben, ist aber auch schon mal länger her. Frau Wille, machen Sie sich darüber Gedanken, wie man wieder dahin kommen kann? Deutschland ist der zweitgrößte Fernsehmarkt der Welt, da erwartet man doch auch in der Spitze eine bestimmte Leistung. Ich glaube, dass auch die Akzeptanz des Gesamtsystems bei jüngeren Leuten damit sehr viel zu tun hat. Die Jugendlichen erreicht man nicht mit Spezialangeboten wie dem Jugendkanal, sondern wahrscheinlich nur in einer Art Gesamtanmutung – und die kostet eben. Oder war das zu jetzt kompliziert?

**Karola Wille:** Nein, die Frage war ja





ganz einfach: Interessiert uns Qualität, wollen wir an der Spitze sein? Uns interessiert eines: Wie kriegen wir Programm mit hoher Qualität hin, das die Menschen interessiert, von dem die Menschen sagen, das ist toll, das wollen wir schauen, das wollen wir nicht verpassen, das schauen wir uns wieder an? Das beschäftigt uns. Wir sagen immer: Wir müssen schauen, dass wir wieder dahin kommen. Ich glaube schon, dass wir dank einer unheimlich kreativen und großartigen Produzentenlandschaft in Deutschland auch in den letzten Jahren unheimlich viele tolle Produkte hatten, egal, ob das im Kinobereich oder im Fernsehfilmbereich ist. Ich glaube, wir haben überhaupt keinen Grund, unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Es gibt ganz tolle Produktionen.

**Moderator:** Das ist ja unbestritten. Es wäre ja auch traurig, wenn es nicht so wäre.

### **Staatssekretär**

**Dr. Marc Jan Eumann**

*Studium der Geschichte und Völkerrecht an den Universitäten Bonn und Köln / 2000–2010: Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW / seit 2010: Staatssekretär im Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein- Westfalen / Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Mitglied des ZDF-Fernsehrates*

### **„Die Deckungsfähigkeit der bewilligten Programmmittel schaffen wir ab.“**

**Karola Wille:** Auch, wenn man über Serien spricht, muss man darüber nachdenken, wie man es schafft, dass wir Serien in den Markt bringen, die nicht nur das deutsche Publikum interessieren, sondern weltweit. Ich glaube, „Weissensee“ ist ein tolles Beispiel dafür, was wir für qualitativ hochwertige Serien auch in Deutschland haben. Ich denke, wir sollten gemeinsam noch mutiger werden. Das Experiment mit Sky, das wir jetzt machen, „Babylon Berlin“, ist so ein Beispiel. Wir sollten aber auch bei den Fernsehfilmen Mut zu neuen Darstellungsformen haben. Wir haben tolle Filme und Mehrteiler bei ARD und ZDF. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir dieses Niveau halten. Und dann muss man gucken: Was machen andere anders? Ich glau-

be, im Drehbuchbereich gemeinsam zu schreiben, im Ideenraum zusammenzusitzen, ist eine interessante Entwicklung. Wir müssen über unsere Förderinstrumente nachdenken. Auch da haben wir gerade gelernt: Wir haben sehr viele, wir sind zersplittert, wir sind nicht fokussiert. All diese Themen gehören dazu. Und deswegen brauchen wir auch den kreativen Dialog miteinander. Ich glaube, wir sind gut und wir werden weiterhin gut bleiben. Wir werden schauen, wo wir gemeinsam miteinander noch kreativer werden können.

**Moderator:** Herr Eumann, es gibt diese unbestrittene Programmautonomie. Gibt es aber trotzdem ein Unbehagen in der Medienpolitik über Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder wie das Programm insgesamt aussieht, ob jüngere Leute irgendwann noch wissen, was ARD und ZDF überhaupt sind? Gibt es da überhaupt Steuerungsinstrumente?

**Marc Jan Eumann:** Herr Robra hat ein wichtiges Instrument genannt: Transparenz. Im WDR-Gesetz haben wir den Produzentenbericht als gesetzliche Verpflichtung. Jetzt sind andere Anstalten nachgezogen, aber die Angaben sind noch nicht miteinander vergleichbar. Herr Robra, wir müssten eigentlich gemeinsam im Länderkreis verabreden, dass alle Landesrundfunkanstalten einen Produzentenbericht mit denselben Kriterien entwickeln, denn nur dann ist es innerhalb der ARD-Familie vergleichbar.

Frau Wille, ich will jetzt nicht in den Wettbewerb eintreten, wer von uns den

KEF-Bericht am besten kennt, aber Sie haben nur den einen Satz nach jenem ersten Satz gesagt. Danach geht es so weiter: „Die im Programmbereich eingesparten Mittel hat die ARD unter anderem für höhere Ausgaben im Personalbereich genutzt.“ Aber im hinteren Teil des KEF-Berichts gibt es noch eine ganz andere Statistik, nämlich zu der Frage: „Was kostet eigentlich eine Talkshow-Minute bei XY und was kostet sie bei Z?“ Die Bandbreite liegt etwa cum grano salis zwischen 1.600 Euro pro Sendeminute und 4.400 Euro pro Sendeminute. Auch bei Kosten von Hörfunkminuten ist der Vergleich für die KEF sehr mühsam, auch die sind sehr, sehr unterschiedlich. Ich glaube, uns allen wäre es sehr wichtig, genau zu wissen, welche Anstalt eigentlich welche Kosten wo hineinrechnet und welche nicht. Solange dies System so unübersichtlich ist, ist es, glaube ich, nur ein kurzfristiger Erfolg für ARD und ZDF. Kurzfristig, weil sie glauben, die Dinge geschlossen halten zu können. Und kurzfristig, weil es am Ende keine Geheimnisse mehr gibt. Auf Transparenz gibt es sozusagen nur eine Antwort, nämlich: Ich bin vorne. Ich glaube, dass Sie selbst am besten beraten sind, diese Dinge so klar wie möglich gegenüber der KEF, aber auch gegenüber uns zu dokumentieren. Damit kein Hauch von Misstrauen in diesem Geschäft ist, weil wir nur Entscheidungen richtig treffen können, wenn wir die gleichen Parameter haben. Also Herr Robra, wir verabreden ...

**Rainer Robra:** Ja.

**Marc Jan Eumann:** Die Deckungsfä-



higkeit der bewilligten Programmmittel schaffen wir ab. Bei allen anderen Feldern – Personal, Altersvorsorge, Programmverbreitung – dürfen Sie alles gegenseitig decken. Aber bei den bewilligten Programmmitteln, da wollen wir die Deckungsfähigkeit ab heute sein lassen. Ich finde, das wäre ein ganz schöner Erfolg.

**Christoph Palmer:** Damit man die Dimensionen abschätzen kann: Wir reden bei diesen nichtverausgabten, bewilligten Programmmitteln bei der ARD über eine Gebührenperiode von knapp 94 Millionen. Vorher habe ich das ZDF in der Transparenz gelobt, aber: Beim ZDF reden wir in der gleichen Periode sogar über 142 Millionen. Das heißt,

***Dr. Christoph E. Palmer***

*Geistes- und sozialwissenschaftliches Studium Universität Tübingen / ab 1998: Staats- und Europaminister Baden-Württemberg, Leiter der Staatskanzlei / seit 2005: selbständiger Unternehmensberater / seit 2008: Vorsitzender der Geschäftsführung der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen*

***„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine Bestands- und Entwicklungsgarantie, um Programm zu machen. Wir müssen gemeinsam aufpassen, dass daraus keine Pensionssicherungsvereine mit angeschlossenen Hausverwaltungen werden.“***

die beim ZDF nicht für Programmmittel eingesetzten, von der KEF bewilligten Mittel waren in der Gebührenperiode noch deutlich höher als bei der ARD. Rechnet man beide Beträge über diesen Vier-Jahres-Zeitraum zusammen, sind wir bei knapp 60 Millionen pro Jahr – Mittel, die in Deutschland in der abgelaufenen Gebührenperiode bei den Öffentlich-Rechtlichen nicht ins Programm gegangen sind. Ich finde, wenn die volle Deckungsfähigkeit von Programmmitteln mit Personal-

mitteln, mit Pensionen, mit Technik staatsvertraglich abgeschafft würde, wäre das wirklich ein goldener Weg. Wir als Produzentenallianz unterstützen das natürlich.

Aber es ist natürlich nicht der alleinige Weg. Berlin hat gesagt: Lasst uns nachdenken, ob wir aus den Mehreinnahmen der Haushaltsabgabe eine Bresche schlagen für die Verteilung einer „Sonderausschüttung Programmmittel“, so nenne ich es mal. Das Eifert-Gutachten hat gezeigt, dass das rechtlich möglich ist. Es gibt aber ein paar komplizierte Fragen: wer entscheidet, wie ist der Schlüssel und so weiter. Aber zunächst einmal erkennen wir das Bemühen von Berlin und von Professor Eifert und ihre Argumente an: Es müssen auch aus der reichlich fließenden Haushaltsabgabe Mittel für die Kernaufgabe „das Programm“ zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, die Diskussion wird dringlicher, denn nach den neuesten Zahlen reden wir von 1,5 Milliarden, die zusätzlich durch die Haushaltsabgabe zur Verfügung stehen. Das heißt, dass die Diskussion um die Programmmittel eine neue Relevanz gewinnen wird. Deshalb ist auch der Ansatz von Berlin ein sehr interessanter.

Lassen Sie mich noch etwas zum Programm sagen, was vielleicht auch eine Brücke zu der Diskussion Lizenzmodell sein könnte: Wir sind in Deutschland Weltmeister im effizienten Herstellen von Programmen. Früher brauchten wir für einen Tatort 26 oder 27 Drehtage, heute 20 bis 21. Wir finanzieren, wir produzieren ein

einzelnes Werkstück effizient und das – bewundert von aller Welt – in einem vorgegebenen Kostenrahmen. Da sind wir wirklich die Weltmeister, aber wir sind nicht führend in der Diskussion und in der Orientierung: Was machen wir mit dem Produkt? Wie vermarkten wir es? Wie verkaufen wir es? Wie erfolgreich wird es? Das gehört eben zur Programmpolitik. Wir lenken unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Kosteneffizienz der Produktion und vernachlässigen die Verwertbarkeit der Produktion, die Vermarktbarkeit und die Kreativitätspotenziale, die in einer Produktion schlummern. Ich glaube, da muss gemeinsam ein Paradigmenwechsel stattfinden. Und das betrifft auch die Programmpolitik.

**Karola Wille:** Saße hier ein KEF-Vertreter, würde der jetzt sagen: Wenn Geld in einer Beitragsperiode nicht gebraucht wird, wird es in der nächsten gekürzt. Man muss die KEF-Systematik also schon in Gänze sehen. Und wenn diese 94 Millionen wegen der geringeren Teuerungsraten nicht notwendig waren, dann nimmt die KEF das zur Kenntnis und entscheidet deshalb eben auch über Kürzungen für die nächste Beitragsperiode.

**Marc Jan Eumann:** Umso schlimmer.

**Karola Wille:** Ja, aber dann sollten Sie die KEF das nächste Mal einladen, und wir diskutieren diese Dinge gemeinsam mit der KEF, nicht mit den Anstalten.

Der nächste Punkt: Programmkosten und Personalkosten. Programm wird von Menschen gemacht: Kreative Menschen, feste und freie Mitarbeiter, produzieren tagtäglich gemeinsam



tolle Programme. Deswegen brauchen wir auch Personalkosten. Wir brauchen die kreativen Leute, und deswegen müssen Personalkosten für Freie und Feste natürlich auch sein. Wir wollen sie auch so bezahlen, dass sie davon angemessen leben können. Das ist ganz wichtig. Vor diesem Hintergrund sollte man Ihren Vorschlag, die wechselseitige Deckungsfähigkeit abzuschaffen, doch noch einmal überlegen.

Dritter Punkt: Transparenz. Völlig d'accord. Wir haben in den letzten Jahren dazugelernt, dass Transparenz uns nützt, weil wir mit ganz vielen Vorurteilen aufräumen können, die immer wieder im Raum stehen. Beispielsweise, dass wir nur unsere Produktionstöchter beauftragen. Wir haben mittlerweile von ARD-Anstalten drei Produzentenberichte: vom NDR, vom WDR, vom Mitteldeutschen Rundfunk.

**Staatsminister Rainer Robra**  
*Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Hamburg / ab 1979 Richter in Hannover, Staatsanwalt in Celle / ab 1986 als Ministerialdirigent Leiter der Strafrechtsabteilung im Justizministerium Niedersachsen / ab 1990: Justizstaatssekretär in Sachsen-Anhalt / Seit 2002: Chef der Staatskanzlei und Europaminister des Landes Sachsen-Anhalt*

**„Die kaufmännische Nutzung von Rechten ist im genetischen Programm der öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht vorgesehen.“**

Und alle Produzentenberichte sagen ganz deutlich, dass wir unsere Aufträge zu 60, 70, 75 Prozent an unabhängige Unternehmen geben. Wir werden in diesem Jahr einen ARD-Produzentenbericht haben. Wir haben es tatsächlich geschafft, uns mit der Produzentenallianz auf einheitliche Parameter zu verständigen – da gibt es nicht WDR-Recht und MDR-Recht – und wir werden am Ende des Jahres wissen: Wie viel geben die einzelnen ARD-Anstalten für Auftragsproduktionen, für Koproduktionen, für Lizenzkäufe aus. Und ich bin froh, dass es das gibt, weil man dann in den nächsten Jahren vergleichen kann: Hat man weniger Geld ausgegeben oder nicht? Dann haben wir einen transparenten Maßstab

geschaffen, und dann wird man merken, dass wir nicht weniger Geld ins Programm geben, sondern dass es uns wichtig ist, die Mittel ins Programm zuverorderst fließen zu lassen und dass die Inhalte für uns entscheidend sind – und dass wir deshalb Personal- und Sachkosten brauchen. Ich hoffe sehr, dass wir ein Bedarfsanmeldungsverfahren bei der KEF erleben, in dem die Steigerungsraten akzeptiert werden, und dass die Politik dann auf der Basis dieser KEF-Empfehlungen die Entscheidung trifft, dass wir tatsächlich bedarfsgerecht finanziert sind. Das ist entscheidend. Dann haben wir auch die Mittel, um das sozusagen auszugeben. Neun Jahre Beitragsstabilität spürt man eben ganz deutlich in den Budgets. Deswegen waren eben viele Wirtschaftlichkeits- und Sparmaßnahmen nötig. Wir müssen gemeinsam verabreden: Was müssen wir besser machen, damit die Möglichkeiten, die da sind, mit dem vorhandenen Geld noch besser genutzt werden?

**Moderator:** Herr Palmer, kommen wir jetzt auf die Terms of Trade.

**Christoph Palmer:** Nur noch eine Ergänzung: Wir haben uns in der Tat mit ARD und ZDF auf Transparenzstandards verständigt, die jetzt gelebt werden müssen. An einer Stelle – Frau Wille, das wissen Sie – sind wir auseinander geblieben: beim Reporting über den ganzen Bereich der Eigenproduktionen. Eine volle Transparenz in die Häuser hinein haben wir also nicht. In unserer Transparenzrichtlinie ist die Vergleichbarkeit von eigenproduzierten Sendungen, Magazinen, Serien mit

den Fremdvergaben nicht gelungen. Zwar ist der Mehrwert dieses Transparenz-Reportings erheblich, aber wir sind noch nicht am Ziel. Der nächste Schritt muss sein, dass Sie auch sagen können: Was kostet eine eigenproduzierte Serie, die zum Beispiel der SWR oder der Hessische Rundfunk macht, im Vergleich zu einer nach außen gegebenen Serie? Erst dann können wir von einer vollen Transparenz sprechen. **Rainer Robra:** Wir sind ja jetzt doch wieder unverhofft von der Frage, wie wir eine bessere Programmqualität kriegen, bei der KEF gelandet, das ist vielleicht dann doch ein bisschen zu kurz gegriffen.

Mir ist noch eine weitere Frage wichtig: Was können wir dazu tun, dass auch mal Newcomer in den Markt kommen? Das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, wenn es um Qualität und um neue Ideen geht. Da will ich ausdrücklich den MDR loben, der ja den „Polizeiruf“ ausgeschrieben hat. Dadurch gab es die Möglichkeit, mal von außen hinzuzukommen. Am Ende landete es dann doch wieder bei den bewährten Partnern, aber immerhin. Dieser Ansatzpunkt sollte nicht versanden.

Dann liegt mir noch auf dem Herzen, in diesem Kreise auch mal zu sagen: Worüber reden wir denn? Wir reden über Regionalpolitik in Nordrhein-Westfalen, in Bayern, in Berlin und in Hamburg. Das sind die vier Bundesländer von 16, in denen 80 Prozent der Produzenten sitzen. Da gehen 90 Prozent der Budgets hin. Ich will Sie alle auch mal ein bisschen für die Idee gewinnen, auch an die jungen Leute zu



denken, die in anderen Bundesländern mühsam Fuß zu fassen versuchen, wo vielleicht sogar Produktionsbedingungen herrschen, unter denen Produzenten mit einem Euro mehr Programm herstellen können als vielleicht in den vier ausgesprochen teuren Bundesländern. Deswegen, lieber Herr Eumann und lieber Herr Böhning: Eine Idee, wir packen noch mal einen Haufen Geld aus den Rundfunkbeiträgen in einen Topf, der dann wieder nur nach Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hamburg und Berlin geht, wird mit den anderen Bundesländern nicht zu machen sein. Da wäre es mir schon sympathischer, wir committen uns, dass dann die Anstalten – falls wirklich Geld übrig ist – ihre Beteiligung an den Filmförderungen der Länder aufstocken. Wir müssen auch die Potenziale nutzen, die in ganz Deutschland vorhanden sind und die dazu beitragen, dass wir mehr Programm für weniger Geld und vor allen Dingen auch besseres Programm bekommen.

**Dr. Lutz Hachmeister** (Moderation)  
*Studium der Kommunikationswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Münster und Berlin / bis 1995: Direktor des Adolf-Grimme-Instituts / seit 1995 Partner HMR International / seit 2005: Direktor Institut für Medien- und Kommunikationspolitik*

## **„Warum gibt man den Sendern nichts von den Mehreinnahmen, anstatt den Rundfunkbeitrag wieder zu senken?“**

**Moderator:** Herr Palmer, Stichwort Terms of Trade. Ich glaube, das haben wir schon diskutiert, bevor es die Produzentenallianz gab. Es geht hier um den Rundfunk, ich weiß nicht, der wievielte Rundfunkänderungsstaatsvertrag das ist, der jetzt kommt ...

**Marc Jan Eumann:** ... wir machen gerade 17 und 18.

**Moderator:** Wie sähe denn aus Ihrer Sicht, Herr Palmer, eine neue, präzierte Protokollnotiz aus, die endlich mal in der Frage der Terms of Trade eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung finden könnte, finden sollte?

**Christoph Palmer:** Zunächst einmal: Wir haben ja etwas erreicht. Das haben Frau Wille und auch Herr Böhning – eben in seiner Rede – angesprochen. Wir haben in den vergangenen sechs Jahren eine beachtliche Zahl von Vereinbarungen mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschlossen. Man

kann also nicht sagen, dass man nicht weitergekommen ist. Es ist sogar erstaunlich, was so eine kleine Protokollnotiz, die als Willenserklärung der Länder ja keine rechtliche Verbindlichkeit hat, als Prozess ausgelöst hat. Wir sind, was die Vertragsbeziehungen und ihre Verbindlichkeit betrifft, als Filmindustrie in Deutschland – ich greife das tolle Wort von Björn Böhning auf – deutlich fassbarer, rationaler geworden. Es gibt jetzt „Allgemeine Geschäftsbedingungen“. Die gab es früher in der Praxis zwar auch, aber überhaupt nicht systematisch und vereinheitlicht. Das sollte man nicht kleinreden. Das ist der Bereich Vertragsbeziehungen, die man jetzt justieren muss. Es wird evaluiert, dafür haben wir dieses Jahr Zeit: Was ist davon mit Leben erfüllt, was nicht? Auch da gibt es natürlich noch offene Fragen. Aber insgesamt sind wir vorgekommen.

Die entscheidende Frage, die die Länder in der Protokollnotiz auch angelegt haben, haben wir freilich mit den ganzen Eckpunkten nicht erreicht: Es ist die nach der Rechteverteilung. Wir sind in den Vertragsbeziehungen verbindlicher geworden, aber wir haben in Deutschland nach wie vor das anachronistische Total-Buy-out-Modell einer Rechteverteilung – oder eben: Nicht-Verteilung –, wie es sich in vor über einem halben Jahrhundert entwickelt hat: Alle Rechte bleiben beim Sender. Dieses Modell folgt der Ideologie „Ich habe alles bezahlt, also bekomme ich auch alles. Das Werkstück wird abgeliefert und es ist allein mein Besitz, ich kann es beliebig lange und beliebig

oft senden – oder auch nicht senden, sondern im Keller einlagern. Es gehört mir.“ Dieses Modell wird weder einem Urheber- und Kreativitätsaspekt gerecht, noch den neuen Verbreitungswegen und Vertriebsmöglichkeiten in der digitalen Welt. Das Total-Buy-out-Modell, mit dem wir in Deutschland leben, ist ein Modell aus den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts: Zwei nationale Fernsehprogramme, keine weiteren Abspielmöglichkeiten, extrem beschränkte Verwertbarkeit. Es müsste gemeinsam doch gelingen, den Weg zu gehen, den auch die anderen großen Fernsehnationen gegangen sind. Die Amerikaner haben sich vom Total Buy-out verabschiedet, die Franzosen haben sich vom Total Buy-out verabschiedet, die Engländer haben sich vor zehn Jahren davon verabschiedet. Nur bei uns wird im Augenblick mit Zähnen und Klauen ein Modell verteidigt, das uns um Kreativität, um Flexibilität und Verwertungsmöglichkeiten bringt. Das ist im Kern das, was wir mit den Anstalten jetzt zu verhandeln versuchen. Ich kann noch keine Prognose machen, wenn Sie mich jetzt fragen, ob wir am Ende des Jahres zum Ziel kommen. Ich sehe nur, dass wir vernünftige Gesprächspartner vorfinden, mit denen man reden kann. Aber was die Positionen betrifft, sind wir natürlich noch meilenweit auseinander. An dieser Stelle will ich dann jetzt aber doch noch mal sagen: Immerhin sind wir in einem Gesprächsprozess, vielleicht nicht immer auf der Augenhöhe, die Björn Böhning heute Morgen erwähnt hat, aber immerhin spricht



und verhandelt das öffentlich-rechtliche System ja mit uns. Die Privaten dagegen verhandeln gar nicht mit den Produzenten in Deutschland. Dass das eigentlich ein Unding ist, will ich an dieser Stelle auch mal in aller Deutlichkeit sagen.

**Moderator:** Frau Wille, warum verweigern Sie sich? Ich verstehe das ja, dass man gerne alles hätte, auch vielleicht in Hinblick darauf, dass man so eine Sendung doch noch mal für einen neuen Kanal gebrauchen könnte, den die Medienpolitik bewilligt, wie auch immer er dann gerade heißt. Aber wenn man zum Beispiel ein Programm, das von ARD und ZDF fünf Jahre lang nicht

fen an den Erlösen beteiligt. Das haben wir damals festgehalten, und das war damals ein wesentlicher Durchbruch, dass bei 100-Prozent-Auftragsproduktion die Erlösbeteiligung erfolgt.

**Moderator:** Die Erlöse muss dann natürlich auch einer erzielen.

**Karola Wille:** Genau. An dem Punkt bin ich aber noch nicht. Erstmal der Grundsatz: Wir verweigern uns nicht, über das Thema Erlöse und Rechteteilung miteinander zu sprechen. Unser neuer Ansatz war damals: Nach fünf Jahren besteht die Möglichkeit, dass die Produzenten selbst die Rechte verwerten. Wenn auf Anstaltsseite also nichts passiert, hat der Produzent die



**„Wir verweigern uns nicht, über das Thema Erlöse und Rechteteilung miteinander zu sprechen.“**

mehr benutzt worden ist, zur gemeinsamen Rechteausswertung freigäbe, schadet das ja niemandem. Oder geht es Ihnen da wirklich um die strikte juristische Systematik?

**Karola Wille:** Wir verweigern uns ja nicht grundsätzlich. Herr Palmer hat ja gerade gesagt, dass wir uns in der Tat vor ein paar Jahren mit den Terms of Trade auf den Weg gemacht haben und Themen der Rechteteilung und Erlösbeteiligung diskutiert und auch Lösungen gefunden haben, die zumindest zum damaligen Zeitpunkt gute Ansätze waren. Bei vollfinanzierten Auftragsproduktionen haben wir gesagt: Natürlich werden die Produzenten bei Verwertung von DVD, bei Auslandsverkäu-

Chance, diese Rechte selber zu nutzen, und dann werden wir an den Erlösen beteiligt. Wir stellen allerdings fest, dass die Zahlen nicht so berauschend sind, so dass alle glücklich und zufrieden sagen: Wir sind am Ende des Weges. Deswegen haben wir beispielsweise in der ARD im Moment eine strategische Diskussion, ob wir in dieser konvergenten Welt verwertungsstrategisch richtig aufgestellt sind. Wir werden uns unsere Verwertungsstrukturen also noch mal anschauen. Und wir wollen den Dialog mit der Produzentenallianz führen. Wir haben dazu Ende Februar einen Workshop, zu dem wir die Produzentenallianz ausdrücklich eingeladen haben: Was sind eu-

**„Wir haben hohes  
Interesse daran, dass  
vorhandene Rechte am Markt  
umgeschlagen werden.“**



re Vorstellungen für die Verwertung, für die Strategie der ARD? Das wollen wir partnerschaftlich miteinander besprechen. Wir haben es leider bei Germany's Gold nicht geschafft, das wissen wir alle. Das wäre der Durchbruch für so viele Dinge gewesen. Dass es gescheitert ist, lag nicht an uns.

Ein anderes Thema sind die Kino-Koproduktionen. Wir waren in schwierigen Gesprächen, beispielsweise bei Video on Demand: Wer hat die Rechte, wer verwertet sie und ab wann gehören sie wem? Wir haben gesagt: Wenn wir bei Kino-Koproduktionen mit weniger als 50 Prozent Finanzierungsanteilen drin sind, liegt die gesamte SVoD-Verwertung (*Subscribed Video on Demand, d. Red.*) beim Produzenten. Wir verzichten auch vollständig auf Erlösbeteiligungen. Also wir sind schon Stück für Stück auf dem Weg, aber eines ist natürlich genauso wichtig, weil wir die Nutzer auch überall erreichen müssen. Die Nutzer sind auf vielen Plattformen unterwegs, immer mehr auch im non-linearen Bereich, und die neuen Streaming-Angebote aus dem Ausland werden das Nutzungsverhalten noch stärker verändern. Wenn wir unseren Auftrag erfüllen wollen, müssen wir die Nutzer alle erreichen, und die sind eben auf anderen Plattformen. Dazu brauchen wir auch VoD-Rechte, und deswegen brauchen wir den Di-

alog, Verständnis für die wechselseitigen Positionen, für die Interessen der Produzenten, aber auch für unsere Interessen. Wir haben es in der Vergangenheit geschafft, dann werden wir es ja wohl auch in der Zukunft miteinander schaffen.

**Moderator:** Herr Robra, in Frankreich kann ich über die INA-Website quasi jede öffentlich-rechtliche Sendung, die jemals produziert worden ist, sehen. Wenn ich sie dann kommerziell nutzen will, muss ich eine Lizenzgebühr bezahlen. Das heißt aber, dass der Zugang zum Programmerteil, zumindest was das Fernsehen anlangt, für jeden Bürger Frankreichs sehr viel einfacher ist. Wäre das nicht ein Modell auch für Deutschland? Wir haben bei der ARD etliche Mediatheken, da muss man sich durchwühlen, wo man was bekommt, dazu noch das ZDF – wäre das nicht ein Anfang, auch im Sinne der Produzenten, dass man überhaupt etwas findet?

**Rainer Robra:** So ungefähr war ja Germany's Gold gedacht. Das gehört zu den Punkten, die wir noch mit dem Bund besprechen müssen, dass man das nationale deutsche, also ganz enge Kartellrecht, nicht so ohne Weiteres auf das internationale Mediengeschäft anwendet. Aber man muss hier auch sehen: Die kaufmännische Nutzung von Rechten ist im genetischen Pro-

gramm der öffentlich-rechtlichen Anstalt einfach nicht vorgesehen. Es gibt kein ökonomisches Interesse bei einer durch den Rundfunkbeitrag vollfinanzierten Struktur, darauf wahnsinnig viel Engagement aufzuwenden.

Die Produzenten überblicken sehr genau, was sie produziert haben. Sie haben eine Vorstellung davon, wie sie es weiter nutzen können. Wenn man also Wege fände, das wesentlich früher und wesentlich intensiver auch durch diejenigen, die es letztlich hergestellt haben, zu nutzen ... Das einzige ernstzunehmende Problem in dem Zusammenhang, das uns in der Politik immer wieder begegnet, ist, dass unsere Beitragszahler in der nächsten Verwertungsstufe sagen: Ich hab das doch schon mit meinen Beiträgen bezahlt, warum soll ich es noch mal bezahlen? Das war schon bei Germany's Gold eine Diskussion, der wir uns stellen mussten. Aber wir haben die Diskussion ja auch in anderem Zusammenhang mit der Kommission geführt, die uns immer wieder gesagt hat: Leute, achtet darauf, dass Rechte nicht einfach irgendwo gehortet werden, irgendwo verschimmeln, sondern sorgt dafür, dass die Rechte kursieren und genutzt werden. Sie repräsentie-

ren ja einen wirtschaftlichen Wert, der realisiert werden muss. Wenn jetzt zu nächst mal die Anstalten und die Produzenten miteinander sprechen und nach Mitteln und Wegen suchen, fände ich es gut. Ob ein totaler Paradigmenwechsel vom Total Buy-out zu Lizenz mit all den Nebenwirkungen, die man auch nicht so ohne Weiteres vorhersehen kann, der richtige Rat ist, oder ob man im gegebenen Modell noch weiter darüber nachdenken muss, wie man es optimiert? Aber ich kann für mich – und ich glaube für uns alle – sagen: Wir haben hohes Interesse daran, dass vorhandene Rechte am Markt umgeschlagen werden.

**Marc Jan Eumann:** Da ist völliger Konsens bei uns. Aber Frau Wille hat natürlich auch recht: Das Nutzungsverhalten verändert sich insbesondere bei Jüngeren. Deswegen haben wir ja auch die Debatte ob das, was wir staatsvertraglich mit der Sieben-Tage-Regelung verabredet haben, eigentlich noch zeitgemäß ist. Mein Vorschlag für diese Phase: Sie haben miteinander verabredet, sich mit dem Lizenzmodell auseinanderzusetzen. Das mit der Augenhöhe ist zwar immer so eine Sache, aber was wir nicht im Staatsvertrag regeln müssen, ist wahr-



***„Sie haben miteinander verabredet, sich mit dem Lizenzmodell auseinanderzusetzen. Wenn Ihr es nicht hinkriegt, kann es sein, dass wir es gesetzlich regeln wollen.“***

## **„Im Kern ist das Lizenzmodell der Paradigmenwechsel über die Vermarktungshoheit der Rechte.“**



scheinlich für Sie alle am allerbesten. Wir in der Politik werden das aber genau beobachten, und wenn Ihr es nicht hinkriegt, kann es sein, dass wir es gesetzlich regeln wollen. Wenn dieses kleine Warnsignal für die weiteren Debatten ausreichen würde, wäre es wunderbar. Denn am Ende, auch das ist ja völlig klar, haben wir alle unsere Interessen in allen unseren Ländern. Man muss aber auch nachsehen, was in zehn Jahren eigentlich im Produzentenmarkt im Vereinigten Königreich passiert ist. Eine Konzentration kann immer gut und schlecht sein. Schön wäre es, wenn Sie im nächsten Jahr eine Verabredung getroffen hätten und Björn Böhning, Herr Robra und ich uns in der Rundfunkkommission der Länder nicht über eine staatsvertragliche Regelung verständigen müssten.

**Moderator:** Herr Palmer hat eben gesagt, dass in den letzten sechs Jahren eine beachtliche Zahl von Vereinbarungen mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschlossen worden sind. Zwischen der abstrakten Vereinbarung und den konkreten Vertragsabschlüssen existiert aber trotzdem eine Diskrepanz. So gibt es zum Beispiel enorme Zahlungsverzögerungen: Viele Produzenten bekommen ihr Geld erst, wenn der Film schon quasi abgedreht ist. Es hapert nach wie vor bei der Entwicklungsförderung. Projekte werden sehr kurzfristig abgesagt, wodurch

kleinere Firmen natürlich immer ein hohes Insolvenzrisiko haben. Ich habe gelesen, dass es eine Clearing-Stelle zwischen den Produzenten und den Sendern gibt. Aber es kommt niemand, der sich da irgendwie beschwert. Ich weiß auch warum: Weil es natürlich enorme Sanktionsmöglichkeiten gibt, beschwert man sich nicht. Frau Wille, haben Sie eine Idee, wie man da aus Sicht der Anstalten etwas besser miteinander umgehen kann?

**Karola Wille:** Diese Clearing-Stelle war damals in der Tat ein Versuch, einen Konfliktregulierungsmechanismus für Fälle zu schaffen, wo die Dinge unklar sind oder in Einzelfällen nicht eingehalten werden. Auf dem Weg funktioniert es offensichtlich nicht – oder es ist alles bestens. Jedenfalls kommt keiner. Unabhängig von dieser Clearing-Stelle haben wir allerdings deutlich gemacht, dass wir dafür stehen, dass Dinge, die vereinbart wurden, auch eingehalten werden. Wenn es an unterschiedlichen Stellen Vollzugsdefizite gibt, wenn die Kalkulationspositionen, die wir beim Thema Kalkulationsrealismus vereinbart haben, nicht beachtet werden, dann muss man darüber sprechen. Was vereinbart ist, ist einzuhalten. Sie können mir gerne konkret schreiben, was nicht eingehalten wird. Aber nicht abstrakt und nicht allgemein und nicht pauschal.

**Christoph Palmer:** Wir haben natür-

lich das Dilemma, dass wir auf der einen Seite diese Vertragsbeziehungen haben, und dann kommt der Produzent zu Kalkulationsverhandlungen, und dann sagt der wohlmeinende Redakteur und Kalkulierer – der hat gar keine schlechten Absichten: Ich habe für den Sendeplatz aber nur 1,3 oder 1,4 Millionen, dafür machst du es jetzt und „nimmst Luft raus“. Im Kalkulationsgespräch wird eben gesagt: Willst du es jetzt für diese Summe machen? Oder willst du es nicht machen? Hier sitzen sicher 100 Protagonisten, die das täglich erleben. Deshalb müssen wir statt auf diese Meisterschaft in der Kalkulation und darauf, dass wir wirklich in aller Regel die Stücke pünktlich, zuverlässig, qualitativ gut und im Kostenrahmen abliefern, mehr Augenmerk darauf legen, wie wir es vermarkten.

Ich will zum Thema Lizenzmodell nochmal deutlicher werden, damit hier kein falscher Harmonisier-Eindruck entsteht. Wir sind keineswegs am Ende des Weges. Wir sind am Beginn der Verhandlungen und noch ganz weit auseinander, denn wir sagen ja gegenüber ZDF und ARD, dass wir die Vermarktungshoheit über Rechte haben wollen. Das ist ja die entscheidende Frage des Lizenzmodells: Wer hat die Vermarktungshoheit über Rechte? Die Anstalt, die sagt, wir haben 100 Prozent bezahlt? (Wir glauben übrigens, dass es gar nicht 100 Prozent sind, aber das ist eine andere Diskussion, die jetzt zu weit führt.) Oder ist es der Produzent, der als kreativer Werkschöpfer am besten weiß, wie er das Produkt vermarktet und den

Auftraggeber auch mit 50 Prozent an den Erlösen beteiligt? Das wird ja bei unserem Modell gerne übersehen. Es ist ja gar nicht so, dass die Produzentenallianz oder die Produzenten eine „Enteignung“ vorhaben – uns wird ja immer ein Sparsamkeitsgebot entgegengehalten –, sondern wir glauben, dass wir auch den Vermögensstock und die Einkünfte der Anstalten durch diesen gemeinsamen Ansatz mehren. Im Kern ist das Lizenzmodell der Paradigmenwechsel über die Vermarktungshoheit der Rechte. Da sind wir in diesem Jahr natürlich noch meilenweit auseinander. Und das muss man bei aller Freundlichkeit der Diskussion hier schon auch mal sagen.

**Rainer Robra:** Mir leuchtet das unmittelbar ein. Die Frage ist eben: Wer hat ein Interesse an der Vermarktung? Ich will den Anstalten nicht zu nahe treten, aber das ist nicht ihr Kerngeschäft. Für die Anstalten läuft das unter ferner liefen, weil sie natürlich nach vorne gucken und Programm machen wollen. Warum lässt man nicht die Produzenten das machen, oder Verwertungsgesellschaften der Produzenten, die dann mit viel mehr Power solche Rechte nutzen können? Am Ende kassiert man als Anstalt mit und hat noch nicht mal mehr Arbeit gehabt. Das ist doch ein Superangebot!  
**Moderator:** Ja, warum nicht, Frau Wille?

**Karola Wille:** Warum nicht? Das ist ja in der Tat eine grundlegende strukturelle Veränderung der Basis, eine grundlegende Veränderung der Vertragsbedingungen. Wenn man

**„Bei vollfinanzierten Auftrags-  
produktionen gehören die  
Rechte dem Sender. Dahinter  
steht der Grundsatz:  
Rechte folgen dem Risiko.“**



über das Lizenzmodell spricht, muss man es sich dann wirklich genauer anschauen. Es ist im Übrigen nicht zutreffend, dass nun alle Märkte das Lizenzmodell haben. Sie haben die vollfinanzierten Auftragsproduktionen immer noch in Belgien, Österreich, in der Schweiz, Dänemark – ich könnte Ihnen ganz viele Länder aufführen.

**Rainer Robra:** Es ist aus meiner Sicht keine Modellfrage.

**Karola Wille:** Doch. Ich komme noch dahin. Bei vollfinanzierten Auftragsproduktionen – und es muss voll bezahlt sein, damit die Rechte dazugehören – dann gehören die Rechte dem Sender. Das ist das Grundprinzip. Dahinter steht der Grundsatz: Die Rechte folgen dem Risiko.

**Rainer Robra:** Und wo ist bitte das Risiko des Senders? Das habe ich noch nicht verstanden.

**Karola Wille:** Das kann ich Ihnen sagen: Dass wir das ganze Geld in die Hand nehmen und dass sozusagen wir vollständig die Herstellungskosten übernehmen und die Produktion voll finanzieren.

**Rainer Robra:** Dafür kriegen Sie ja die Rundfunkbeiträge.

**Karola Wille:** Da sind wir auf verschiedenen Ebenen unterwegs. Hier geht es um einen urheberrechtlichen

Grundsatz. Wenn Sie beim Lizenzmodell sind, dann gucken wir uns doch Großbritannien genauer an. Da sind zwei Themen erst mal interessant – und das gehört auch zur ganzen Wahrheit: Bei der BBC werden 50 Prozent inhouse produziert. Es ist nicht so, dass der gesamte Markt außerhalb ist. Wir reden über 50 Prozent Eigenproduktionen. Ob das Ursache oder Wirkung ist, sei mal dahingestellt. Fakt ist, dass das Lizenzmodell über 25 Prozent des gesamten Marktes greift. Fakt ist auch, dass sich der Markt in Großbritannien verändert hat und dass diese Konzentrationen stattgefunden haben, weil man Geld mitbringen muss und weil man Vertriebs- und Vermarktungsstrukturen haben muss. Dadurch hat sich der Markt in Großbritannien verändert. Man kann sagen, das ist okay, das ist ein Trend, Konsolidierung macht Sinn. Zwischen Vielfalt und Programmqualität besteht aber ein Zusammenhang. Eine vielfältige Produzentenlandschaft setzt auch immer voraus, dass ich sozusagen – und das ist der zweite Punkt – vielfältige Finanzierungsmodelle habe. Die viel Geld mitbringen können, gehen in teilfinanzierte Auftragsproduktionen, dann gehen wir dort auch in Lizenzkäufe. Aber es muss auch die Möglichkeit geben,

dass es das Modell des vollfinanzierten Auftragsproduzenten noch weiter gibt. Und darüber müssen wir sprechen. Wir wollen über die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle sprechen, weil diese erstens für den Markt in Deutschland gut sind, und zweitens, weil sie auch für die Programmqualität und die Programminhalte gut sind. Und wenn wir über teilfinanzierte Auftragsproduktionen sprechen, dann reden wir natürlich auch über die Aufteilung der Rechte. Das ist ein Thema, bei dem wir uns hoffentlich in diesem Jahr einander annähern können, so dass wir bis zum Jahresende zu einer Lösung kommen.

**Christoph Palmer:** Zu Großbritannien wird in der öffentlichen Diskussion einfach viel Falsches gesagt. Richtig ist, dass weltweit ein Konzentrationsprozess stattfindet, aber der ist ja nicht per se schädlich. Viele britische Produzenten haben sich mit ihren Firmen nämlich eingebracht. Sie hatten keine Insolvenz und wurden auch nicht gegen ihren Willen übernommen, sondern haben beim Verkauf einen guten Preis erzielt. Das findet ja in dieser Form in der Bundesrepublik wenig statt.

Wir haben mittlerweile in Großbritannien viele mittelgroße, leis-

tungsfähige Einheiten – und keineswegs einen Konzentrationsprozess auf zwei, drei Große. Ist es denn in Deutschland eine gute Struktur, dass wir nahezu keinen international tätigen Produzenten haben? Ist es nicht eigentlich das Ende von deutscher Filmindustriepolitik – um wieder den Ball von heute Morgen aufzunehmen –, dass nahezu kein deutsches Filmproduktionsunternehmen auf den internationalen Weltmärkten unterwegs ist? Ein, zwei kann man sich vorstellen, gelegentlich. Aber ein gewisser Anspruch, dass wir auch größer werden können, dass wir leistungsfähiger werden können, ist als solcher für den deutschen Filmstandort gar nicht schlecht. Letzter Punkt: Für eine ausgewogene Struktur von vielen kleinen und mittleren Firmen steht schon der Föderalismus, dafür stehen die regionalen Filmförderungen und zum Glück auch die dezentrale Gestalt der ARD-Anstalten, auch dass das ZDF im ganzen Land etwas macht. Dass wir schon eine breite Struktur haben, halte ich für ein Asset der Bundesrepublik Deutschland. Diese breitere Struktur wollen wir auch nicht beenden, aber leistungsfähigere Strukturen als solches sind auch kein Übel.



***„Warum lässt man nicht die Produzenten die Vermarktung machen? Am Ende kassiert man als Anstalt mit und hat noch nicht mal mehr Arbeit gehabt. Das ist doch ein Superangebot!“***

# PRODUZENTEN ALLIANZ

ALLIANZ DEUTSCHER PRODUZENTEN – FILM & FERNSEHEN e.V.  
GERMAN PRODUCERS ALLIANCE



## **Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e.V.**

Kronenstraße 3  
10117 Berlin

Telefon: 030-206 70 88-0  
Telefax: 030-206 70 88-44

info@produzentenallianz.de  
www.produzentenallianz.de

ISBN 978-3-9816027-1-5